Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 55 (1975-1976)
Heft: 8

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

dargelegt werden kann, die Bodenpreise und die Baukosten. *Dem Konsumenten ist nicht geholfen.* Dafür entstehen monetäre und realwirtschaftliche Verzerrungen, die sich meist nur schwer korrigieren lassen. Und eine Politik, die direkt auf die Preise greift, schafft zudem eine *Privilegiengesellschaft*, die ebenfalls ein grosses Beharrungsvermögen hat, weil all diejenigen, die in den Genuss von Privilegien kommen, selbstverständlich darauf bedacht sind, sie mit allen Mitteln zu verteidigen.

Man kann die Preisüberwachung drehen und wenden wie man will, sie bleibt eine höchst problematische Sache. Es wäre deshalb wohl richtig, auf ihre Weiterführung bei nächster Gelegenheit zu verzichten – und diese bietet sich Ende dieses Jahres an!

Willy Linder

Kommentare

BRUNO KREISKYS DRITTER SIEG

Ein Urnengang ohne Alternativen

So gewiss die Zukunft der Zweiten Republik ist, so notwendig erschien nach den Nationalratswahlen des 5. Oktober 1975 die rasche Hinwendung zum Regierungsalltag, zur nüchternen Wirklichkeit. Mehr als 170 Millionen Schillinge (rund 30 Mill. sFr.) wurden für eine zeitweilige «Schlammschlacht» (Taus) aufgewendet, um mandatsmässig den Status quo ante aus dem Jahre 1971 für 1975 bis 1979 festzulegen. Ohne Änderung der Abgeordnetensitze ging es für die drei im Parlament vertretenen Parteien Österreichs um Zehntelprozente der Stimmanteile und Wahlarithmetik. Der Überhang der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) gegenüber den nichtsozialistischen Wählern beträgt 0,41%.

Die Nationalratswahlen hatten der SPÖ 1970 erstmals in der Parteigeschichte eine relative und dann 1971 eine knappe absolute Parlamentsmehrheit sowie den zweiten Regierungsauftrag gebracht. Tatsächlich hatte der Wahlsonntag am 5. Oktober weder dem durchschnittlichen Stimmbürger noch dem «Wechselwähler» hinsichtlich der wahlwerbenden Persönlichkeiten oder in bezug auf Programme und Wahlversprechen Alternativen geboten: Der am 19. Juli in einem Verkehrsunfall verunglückte Bundesparteimann der ÖVP, *Karl Schleinzer*, hinterliess mit sechs «jungen Löwen» eine unfertige Nachwuchsmannschaft. Wie hätte ab 31. Juli der parteipolitisch und parlamentarisch wenig erfahrene *Josef Taus* dem langjährigen Regierungspolitiker und souveränen Staatsmann *Bruno Kreisky* Parole bieten können? *Friedrich Peter*, Obmann der Freiheitlichen,

hatte bereits im Juni in Linz für den August/September-Wahlkampf soviele ernsthafte Streitfragen «ausgeklammert» (um bei relativer Mehrheit der SPÖ koalitionsbereit zu sein), dass ausser Fremdenverkehrsproblemen kaum eine Konfrontation übrigblieb.

Und die ÖVP? Nach einer fulminanten Antrittsrede des «Wunderknaben» Taus im Wiener Konzerthaus, nach Erwartungen des bürgerlich-nationalliberalen Lagers, nachdem «Berge kreissten ...» lauteten die Wahlparolen der beiden Grossparteien fast wörtlich gleich: «Vollbeschäftigung», «Inflationsbekämpfung», «Sanierung des Bundeshaushalts», «Wohnbauförderung» usw. Der in 21 aktiven Kabinettsjahren parteitaktisch gegerbte und geistig-konzeptionell ausgeformte Kanzler Bruno Kreisky gewann die Wechselwähler und bürgerlichen Randschichten. Der Hang zur «Vaterfigur» trug zu dem minimalen, doch entscheidenden Vorsprung der zweiten absoluten Mehrheit des Kabinettes Kreisky III ebenso bei, wie die nicht ganz verhohlene Erwägung mancher, dass auf einer Talfahrt eine sozialistische Regierung in Tuchfühlung mit den SPÖ-beherrschten *Gewerkschaften* (ÖGB) hinsichtlich Arbeitsfrieden und Lohnforderungen leichter durchkommen werde als eine «Unternehmerpartei», das heisst die ÖVP mit den «dezentralisierten» drei Bünden (Wirtschaftsbund, Arbeiter- und Angestelltenbund, Bauernbund).

Gründe und Hintergründe des bürgerlichen Misserfolgs

Wo also blieb das Gleichgewichts- und Proporzdenken des Österreichers am 5. Oktober? Wahltaktisch outrierte Beschwörungen des befähigten Finanzfachmanns Taus über defizitäre Haushaltgebarung, beschleunigte Auslandverschuldung, Vorhaltungen des ÖVP-Finanzsprechers Stephan Koren an die Adresse des Finanzministers Hannes Androsch, harte Rechnungshofkritik am Finanzressort, Broschüren, Paperbacks – wie weit erreichten alle Kassandra-Rufe und Vorwürfe über fast ungezählte Streitgespräche im Fernsehen, Rundfunk, in den dahinschwindenden Tageszeitungen, im Strassengespräch und Grossversammlungen die zur Entscheidung und Abwahl aufgerufenen Bürger? Die Fernseh- und Auto-Österreicher liessen Argumente in Broschüren, Faltblättern, Periodika ungelesen. Für die knappe Mehrheit der Wahlbürger wurde Kreisky zum Programm schlechthin. «Mitten in der Furt wechselt man nicht das Reitpferd»: Unterwegs zu der in Österreich stets etwas verzögerten konjunkturellen Talsohle entschieden sich die 200000 bis 300000 Wechselwähler, als Zünglein an der Waage, für den regierenden Sozialistenführer. So also siegte – es war die Krönung seiner Laufbahn – der böhmische Fabrikantensohn Bruno Kreisky über den Sohn des Fleischhauergesellen aus Wien-Erdberg, Josef Taus, Generaldirektor der Girozentrale, die er zum zweitgrössten Bankinstitut Österreichs entwickelt hatte; der fast 65jährige im Pensionsalter stehende SP-Chef über den agilen, 42 Jahre zählenden Senkrechtstarter; der gelernte Aussenpolitiker und Parteistratege im Rezessionsherbst 1975 (mit einer offiziös angekündigten Winterarbeitslosigkeit von 100000 Beschäftigten) über den durchtrainierten Wirtschaftsdenker und -praktiker; es siegte der aus Schwe-

den 1945 heimgekehrte Emigrant über den Arbeitersohn ohne Vergangenheit. Eine Zäsur im Kampf der Persönlichkeiten brachte die Fernsehdiskussion der drei parlamentarischen Parteiführer Kreisky – Taus – Peter am 3. September. Das Unfertige im politischen Taktiker Taus wurde deutlich, sein dozierender Intellektualismus liess erkennen, dass der so plötzlich berufene junge ÖVP-Chef sich Schritt für Schritt, durch Erfahrung und Geduld, den Weg zu den Herzen der Zuseher und Zuhörer erkämpfen muss.

Im Blick auf die im Wahlkampf zu Tode gehetzte Thematik: Budget, Finanzen, Konjunkturprognosen wurde man überdies an das Wort Jacob Burckhardts gemahnt, wonach der Mensch aus der Geschichte nichts lerne: Erst 1972 hatten die bundesdeutschen CDU/CSU-Politiker Barzel-Strauss in ihrer Wahlwerbung mit der gleichen Themenstellung gegenüber Brandt-Scheel Schiffbruch erlitten. Gab es denn nicht den «Bauring»-Skandal der Gemeinde Wien, den Qualitätsabfall im Österreichischen Rundfunk-Fernsehen (ORF) infolge unsachgemässer Re-Reformen, das Abtreibungsgesetz bei gleichzeitigem Geburtenschwund, die unterschiedslose Schulbuchfinanzierung für das Kind des Hilfsarbeiters, Fabrikdirektors, Sektionschefs, naive Ansätze in der Justizreform usw.? FPÖ-Obmann Peter taktierte zwischen Szylla und Charybdis: Im Osten Österreichs verübelte das freisinnige Wahlvolk den FPÖ-Funktionären die Annäherung und Verständigung mit den «Roten», im Westen Österreichs dagegen jede angedeutete Anlehnung an die «Schwarzen».

Im Grunde aber geht es nicht um Äquidistanz oder Tagespolitik, sondern um zukunftsträchtige Profilierung *beider* bürgerlichen Parteien. Vier Tage nach dem Wahlsonntag kennzeichneten massive Anwürfe des ÖVP-nahen Ing. Simon Wiesenthal gegen FPÖ-Peter, einen ehemaligen Oberleutnant der Waffen-SS, eine Problematik, die der neuen Generation fremd ist. Regierungschef Kreisky forderte in diesem Zusammenhang einen «Schlussstrich» – auch des jüdischen Dokumentations-Zentrums Wien – unter Vorgänge, die ein Menschenalter zurückliegen. Natürlich sollte und soll mit der Koalitionsunwürdigkeit der «Blauen» (FPÖ) in einem demokratischen Staatswesen auch Kreisky, «der einzige Liberale in der SPÖ», persönlich getroffen werden. Genug, diese Episode der abtretenden Kriegsgeneration unterstreicht die unaufschiebbare Notwendigkeit zukunftsgerichteten Einsatzes für die demokratischen Parteien.

Gegen die «charmanteste Volksrepublik Europas»

Unter dem Vorzeichen «Gesellschaftsveränderung» durch die SPÖ hat ein konservatives bundesdeutsches Organ die Gefahr der «Volksdemokratisierung» durch Reformen angeprangert. Tatsächlich werden in diesem Zusammenhang Schicksalsfragen für ein Land unüberhörbar, das in Grenznachbarschaft mit kommunistischen Staatswesen existiert. Einem Wahlschlager zuliebe hat die SPÖ die Dienstzeit des Bundesheeres von neun auf sechs Monate herabgesetzt – bis an die unterste Pegelmarke glaubhafter Verteidigungsbereitschaft der österreichischen Neutralität. Umgeben von einem waffenstarrenden Europa, muss man in Öster-

reich die Begründung einflussreicher SPÖ-Funktionäre anzweifeln, dass die Möglichkeiten der Aussenpolitik dieses neutralen Kleinstaates Wehrwillen und Bundesheer «fast überflüssig» machten. Auf dem Erziehungssektor wirkt die Hast von Schulreformern, à tout prix schwedische und bundesdeutsche «Modelle» nachzuahmen, erschreckend. 1971–1975 wurde fast jeder fünfte Schüler irgendeinem Erziehungsexperiment unterworfen. Senkung der Leistungserfordernisse angesichts des verschärften internationalen Wettbewerbs, antiautoritäre Mitbestimmung, einseitige Politisierung an Mittel- und Hochschulen, zunehmende Bürokratisierung bedrohen nicht nur das Erziehungswesen. Gratis-Schülerfahrten und -Schulbücher können dabei die Gefährdung der pädagogischen Substanz nicht aufwiegen. Eine spätantike Rechtspflege der Auflösung und des Untergangs hat schliesslich bei einer Anzahl Rechtsreformen des Justizministers Pate gestanden. Die kommunistischen Nachbarstaaten Österreichs haben vor 25 Jahren gepredigt, jeder Schweinehirt könne Universitätsprofessor werden. Heute setzt man jeweils strengste Leistungsmassstäbe. Die proklamierte freie Abtreibung in diesen Staaten wurde inzwischen, im Blick auf verheerende Folgen, längst zurückgenommen. Die unter dem Eindruck von Kreiskys *persönlichem* Wahlerfolg beschleunigte Gangart linkssozialistischer Gesellschaftsreformer erinnert nicht allein an diese Frühzeit der Sowjetunion und der Volksdemokratien. Sie ruft die entlang einem weltpolitischen Limes handelnden «Rechtssozialisten» in der SPÖ auf, ein österreichisches Modell gemeinsamer Zukunftsgestaltung mit *allen* aufbauwilligen Kräften über 1979 hinaus zu erarbeiten. Das erfordert allseits Zugeständnisse. Und gewiss wird man vorerst den «Feuerwehraktionen» für die Überwinterung und Sanierung der kleinräumigen Sozialwirtschaft Österreichs Vorrang geben müssen. Die Kosteninflation der Betriebe bezifferte ein «Presse»-Leser *nach* dem Urnengang mit 30%: «Das heisst, ein Betrieb muss jährlich seinen Umsatz um ein Drittel erhöhen, um seinen Kostenanstieg verkraften zu können. Da von den 214000 Betrieben in Österreich nur rund 6000 exportieren können, müssen alle übrigen ihren Umsatz in Österreich selbst ausweiten – in einem Inlandmarkt, der mit dem Auto in ein paar Stunden zu durchqueren ist.» 1975 werden etwa 1000 Betriebe in Konkurs gehen. Seit Beginn der siebziger Jahre sind rund 200000 Selbständige aus dem Erwerbsleben Österreichs ausgeschieden. Die Klein- und Mittelbetriebe aber gewährleisten in besonderem Mass eine freiheitswillige und initiative Gesellschaftsentwicklung. Darin besteht zwischen sämtlichen demokratischen Parteien Übereinstimmung.

Niemals eine «Insel der Seligen»! Sie ist ebenso verlogen wie die besungene Heurigen-Himmelfahrt und wäre insbesondere dem «Phäakenvolk der Wiener» nicht zuträglich. Neutraler «Musterknabe» im Licht des Ostens? Vorgeschobene kulturelle und geistige «Bastei» gegen kollektivistische Mystagogen und den Zwang zum uniformen «Glück»? Brücke, Ko-Existenz zwischen West und Ost im ruhigen Bewusstsein des eigenen europäisch-abendländischen Standorts? Von jedem und allem hat Österreich etwas empfangen, um es bis jetzt (mit Mut und Glück und manchmal ein wenig Charme) zu einem Beitrag an die Mitwelt

zu gestalten. Hugo von Hofmannsthal schrieb 1917 in der «Neuen Zürcher Zeitung»: «Diese primär und schicksalhafte Anlage auf Ausgleich mit dem Osten, sagen wir es präzise: auf Ausgleich der alteuropäischen lateinisch-germanischen und neueuropäischen Slawenwelt, diese einzige Aufgabe und Raison d'être Österreichs musste für das europäische Bewusstsein eine Art von Verdunkelung erfahren, während der Dezennien 1848 bis 1914 ... Die Idee der Versöhnung, der Synthese, der Überspannung des Auseinanderklaffenden haben ihre eigene fortwirkende Kraft, ihre Spontaneität.»

Auch das gegenwärtige Österreich will im Geist seiner besten Traditionen solchem Ausgleich dienen.

Otto Rudolf Liess

VOM JOM-KIPPUR-KRIEG ZUR «FRIEDENSDYNAMIK»

Steht der Nahostkonflikt, erstmals seit bald drei Jahrzehnten, an der Schwelle einer Lösung? Wer Anwar es-Sadats Interview anfangs Oktober im Niederländischen Fernsehen gehört hatte, mochte es beinahe glauben. Der ägyptische Staatspräsident sprach davon, dass Israel eine Realität sei. Nach Räumung der besetzten Gebiete müsse der Kriegszustand offiziell beendet werden, um ein friedliches Zusammenleben vorzubereiten. Allerdings sieht er einen echten Frieden erst in der kommenden Generation, da Hass, Bitterkeit und Gewalttaten der letzten 27 Jahre sich nicht so schnell beseitigen lassen würden.

Nun, das ist immerhin bereits ein Fortschritt gegenüber früheren Positionen, schliesslich anerkennt Sadat die Realität des Judenstaates, im Gegensatz zu andern arabischen Zeitgenossen. Natürlich gehört die Weigerung, einen echten Frieden bereits mit der jetzigen Generation abzuschliessen, in den Bereich jener irrationalen Mythologie, die auf arabischer Seite den Nahostkonflikt immer wieder vergiftet hatte: Das Gefühl nämlich, durch die Schaffung des jüdischen Staates ein historisches Unrecht von geradezu einmaliger Grösse und Grausamkeit erlitten zu haben, eine Argumentation, die auch von vielen westlichen Kommentatoren – besonders in Zusammenhang mit dem arabischen Flüchtlinsproblem – merkwürdig bereitwillig übernommen wird. Dabei haben andere Völker Flüchtlingstragödien in ganz anderem Ausmass erlebt (aber selber gelöst!), und bei innerarabischen Zwistigkeiten sind seit Bestehen Israels mehr Araber ums Leben gekommen als in allen vier Nahostkriegen.

Und dennoch – Sadat hat mit seiner Haltung seit dem Oktoberkrieg des Jahres 1973, um den israelischen Botschafter in Bonn, Yohanan Meroz, zu zitieren, einen «psychologischen Durchbruch» bewerkstelligt. Was ihm ja auch arabische Scharfmacher, von Libyens Ghadhafi bis zur PLO, übelnehmen.

Kissingers step-by-step-Diplomatie hat zumindest zwischen Ägypten und Israel zu einer Friedenschance geführt, da sie ein kompliziertes Netz von militärischen, politischen und psychologischen Faktoren gewoben hat, von ame-

rikanischen Garantien bis zu direkten, vertrauensbildenden gegenseitigen Massnahmen.

Allerdings spürt ein Besucher in Israel schnell, dass es den Israeli schwer fällt, an einen echten Gesinnungswandel bei Sadat zu glauben. Und selbst wenn sie dem Ägypter ehrliche Motive zubilligen, betrachten sie mit allergrösstem Misstrauen die Rolle Syriens, hinter welcher natürlich die Sowjetunion steht. Die israelische öffentliche Meinung ist immer noch leicht deroutiert. Zwar ist die geradezu apokalyptische Depression, welche nach dem Jom-Kippur-Krieg geherrscht hatte, vergangen, doch sie hat einer Stimmung Platz gemacht, welche die Franzosen als «maussade» bezeichnen.

Offensichtlich fällt es Juden leichter, in extremen Situationen zu leben als in tagtäglichen Schwierigkeiten wirtschaftlicher und auch politischer Natur, deren Ende nicht abzusehen ist. Über die bemerkenswerte Moral der Israeli in Kriegszeiten ist schon viel berichtet worden; ja sogar dann, wenn Europäer, Afrikaner und Japaner vor der Ölerpressung in die Knie gehen wie 1973, oder die UNO und ihre Unterorganisationen mit überwältigendem Mehr auch die absurdesten anti-israelischen Resolutionen verabschieden, da singen die Israeli Schlager wie «Die ganze Welt ist gegen uns», oder greifen auf Bileam zurück «Siehe, ein Volk, das abseits wohnt, das sich nicht rechnet unter die Heiden» (Num. 23. 9.).

Kritisch wird es erst, wenn man von extremen oder exaltierten Positionen in alltäglichere Gefilde hinabsteigt. Der politische Beobachter, der das abgelaufene Jahr von aussen verfolgt hat, stellte fest, wie sich Israels internationale Position eindeutig verbesserte. Die Beziehungen zu Europa, welche vor zwei Jahren ihren Tiefpunkt erreicht hatten, haben sich, insbesondere durch den Vertrag zwischen Israel und der EG, wieder mehr oder weniger normal eingependelt. Sogar der Vatikan scheint seine Haltung dem Judenstaat gegenüber zu revidieren, wofür ganz konkrete Anzeichen vorliegen, wie jeder feststellen kann, der den Osservatore Romano liest. Das Hausorgan des Vatikans ist ja bekanntlich ein noch zuverlässigeres Stimmungsbarometer als die Prawda, wo auch kein Titel, keine Seitenplazierung und kein Komma zufällig sind. Vielleicht sind der Kurie die Araber inzwischen etwas zu arrogant geworden.

In der Dritten Welt endlich hat ein vorläufig noch schüchterner Umschwung eingesetzt, wie die Abfuhr der Araber am afrikanischen Gipfel von Kampala gezeigt hat, wo man die schwarzen Brüder auf einen UNO-Ausschluss Israels festlegen wollte. Doch die Afrikaner, welche für ihre proarabische Haltung im Jom-Kippur-Krieg nicht honoriert wurden und weiterhin unter horrenden Petroleumpreisen leiden, wollten nicht so recht mitspielen, ebensowenig wie die Blockfreien einige Wochen später in Lima. Das schliesst natürlich rhetorisches Feuerwerk an der Generalversammlung der UNO nicht aus, ebensowenig wie vehement anti-israelische Resolutionen, doch scheint es, dass – wie die sprichwörtlichen Bäume – in der Politik auch die Öltürme nicht in den Himmel wachsen.

Doch ausser im israelischen Aussenministerium und bei einigen Politologen und nüchternen Kommentatoren spürt man davon in der israelischen Öffentlichkeit recht wenig. Vielleicht hängt

dies damit zusammen, dass die schweigende Mehrheit eben – wie es die Definition will – schweigt und die Strassen den Extremisten überlässt. Die Szenen, welche sich während der Kissinger-Besuche abspielten, sind bekannt.

Erstmals nämlich in der Geschichte des Judenstaates stellen wir eine Entwicklung fest, die es bislang nicht gegeben hat: Es gibt eine ausserparlamentarische Opposition, eine Gruppierung im Land, die offensichtlich nicht gewillt ist, sich an demokratische Spielregeln zu halten, der Gusch Emunim, die Gruppe politisch religiöser Eiferer, Zeloten, wie sie immer – und mit verheerenden Auswirkungen – in der jüdischen Geschichte existiert haben.

Was dieses potentiell explosive Gemisch von Politik und Religion noch komplexer und gefährlicher macht, ist die Tatsache, dass es sich um absolut integre Idealisten handelt, die sich auch innerhalb der nationalreligiösen Partei vom Kuhhändeln nie abgeneigten «Apparat» deutlich abheben.

Sogar ein Menachem Begin, Rechtsaussen im parlamentarischen Spektrum und Führer der Likud-Fraktion, rechnete sich immer, trotz gelegentlicher Exzesse – man denke an die Strassenschlachten, als die Knesseth 1952 das Reparationsabkommen mit Deutschland beriet – zum demokratischen System. Der Gusch Emunim zeigt dagegen höchst beunruhigende Tendenzen, wenn er sich über Verbote zur Ansiedlung in Zisjordanien hinwegzusetzen versucht oder mit ungezügelter Demagogie auf die Strasse geht. Die ganze Angelegenheit ist für die israelische Führungsspitze dadurch noch bedenklicher, weil die Nationalreligiösen zwar mit dem linken Bein in der Regierungskoalition, mit dem rechten jedoch im oppositionellen Gusch Emunim stehen.

Vermutlich hängt das innenpolitische Malaise in Israel damit zusammen, dass das Land nicht daran gewöhnt ist, durch eine nüchterne, pragmatische Equipe regiert zu werden. Die Troika Rabin, Peres, Allon verfügt über kein Charisma, ihr Glück ist es, dass der schillernde Mosche Dayan abgewirtschaftet ist, Abba Eban auch nicht mehr so recht ankommt, und dadurch die gefährlichsten Rivalen, die den Sturz von der Macht noch nicht verwunden haben, ausgeschaltet sind.

Nach der diktatorischen Vaterfigur eines Ben Gurion, dem bon père Levi Eschkol, der mit einem jiddischen Witz auch die gespanntesten Situationen meisterte, und der pathetischen Grossmutterfigur einer Golda Meir – alle waren, jeder auf seine Art, charismatische Führer – ist das Volk der Israeli nun zu Nüchternheit im politischen Leben verdammt, was natürlich nicht ganz leicht fällt. An Technokraten und Pragmatiker in – trotz aller Entspannung nach dem Sinai-Abkommen – doch noch potentiell gefährlichen politischen Turbulenzen muss man sich zuerst einmal gewöhnen. Vielleicht ist der ruhige, beinahe etwas schüchtern wirkende Rabin doch der beste Gegenpart für den historischem Pathos abholden, bauernschlauen Sadat.

Merkwürdigerweise scheinen die Israeli auch zu vergessen, dass Rabin immerhin der Mann war, der als Generalstabschef zielbewusst, bescheiden und mit fleissiger Umsicht alle jene Pläne geschmiedet hatte, die zum Blitzsieg im Sechstagekrieg geführt hatten. Nur eben, damals drängelte sich sofort Dayan in die Schlagzeilen und Cover stories der Weltpresse ...

Während sich im Verhältnis zwi-

schen Israel und Ägypten eine eindeutige Entspannung anbahnt und der Nahostkonflikt eine erstmalige Friedenschance erlebt, haben sich die Palästinenser immer mehr ins Abseits manövriert. Wer sich noch an Jassir Arafats Auftritt vor den Vereinten Nationen erinnert, oder an die Konferenz von Rabat, welche der PLO den Alleinvertretungsanspruch für die Palästinenser zubilligte und Hussein in die transjordanische Wüste schickte, muss feststellen, dass selten zuvor in der Geschichte eine Gruppe in so kurzer Zeit ein so grosses Mass an politischer Glaubwürdigkeit verspielt hat wie die Palästinenser in den vergangenen Monaten.

Es war Mode geworden, von der Frustration der Palästinenser zu sprechen, und auch jetzt wieder wird warnend darauf hingewiesen, was die durch das Sinai-Abkommen neuerlich Frustrierten alles noch anrichten könnten. Nur eben: Sogar jene, die den Palästinensern Sympathie entgegenbringen und ehrlich davon überzeugt sind, dass der Nahostkonflikt ohne eine Lösung für die Palästinenser nicht beigelegt werden kann, fragen sich langsam, ob die PLO überhaupt das richtige Werkzeug für die Verwirklichung der palästinensischen Aspirationen ist. Dies um so mehr, als die israelische Regierung von den sturen Positionen einer Golda Meir, welche noch die Existenz eines palästinensischen Volkes verneinte, abgekommen ist. Schimon Peres liess den Versuchsballon einer Föderation, in welcher auch ein palästinensisches politisches Gebilde seinen Platz finden könnte, steigen, und Aussenminister Allon fand in seiner Rede vor der UNO-Generalversammlung völlig neue Töne.

Was natürlich all die ideologisch gefärbten und so gerne in Linkskreisen durchexerzierten Diskussionen über die Palästinenser immer irrationaler werden lässt. Man merkt, wie unmarxistisch diese sich auf Marx berufenden Ideologen das Problem anpacken. Da ist die Rede vom «laizistischen, multireligiösen» palästinensischen Staat, in dem – Inschallah – Moslems, Juden und Christen friedlich nebeneinander leben werden. Das passt alles herrlich ins ideologische Konzept, hat jedoch nichts mit der Wirklichkeit zu tun. Das Unmarxistische an dieser Analyse des Palästinaproblems durch linke Ideologen, Araber und Juden, liegt darin, dass man sich ein ins ideologische Konzept passendes Araberbild bastelt, eben die progressiven, laizistischen potentiellen Gesprächspartner. Diese synthetischen linken Araber haben jedoch wenig mit der stark islamisch und arabisch-nationalistischen Wirklichkeit gemeinsam, mit dem Traum vom moslemischen Grossreich, der «fünften Weltmacht», sondern leiden, um bei marxistischer Terminologie zu bleiben, an akuter «Selbstentfremdung», seit sie an europäischen Universitäten von progressiven Kommilitonen eine gewisse revolutionäre Phraseologie übernommen haben.

Manches deutet darauf hin, dass alle diese ideologisch gefärbten Pseudodiskussionen um die Palästinenser ihren Höhepunkt überschritten haben. Die PLO ist auf eine schiefe Ebene geraten, Hussein drängt sich wieder in den Vordergrund, obgleich längerfristig eine Lösung der Palästinafrage mit ihm unmöglich ist. Der Haschemitische Herrscher wird sich früher oder später ins Exil zurückziehen müssen, um dem palästinensischen Staat östlich von Israel Platz zu machen. Natürlich kann dies noch einige Zeit dauern; der kleine

König ist wohl das erfolgreichste Stehaufmännchen der nahöstlichen politischen Szene.

Wie wird es weitergehen? Im Nahen Osten sind Prognosen immer gefährlich, der israelisch-arabische Konflikt ist ein zu komplexes Knäuel von lokalen politischen, religiösen und emotionellen Faktoren und weltpolitischen Verstrikkungen. Dennoch scheint es, dass in den zwei Jahren seit dem Jom-Kippur-Krieg eine gewisse Friedensdynamik entstanden ist. Schliesslich spricht das israelisch-ägyptische Abkommen als erstes Dokument des Nahostkonfliktes mit Deutlichkeit davon, «dass der Konflikt nicht durch militärische Macht, sondern mit friedlichen Mitteln gelöst werden muss», und dass der Vertrag «einen ersten Schritt in Richtung zu einem gerechten und dauerhaften Frieden darstellt». Das sind neue Töne; hoffen wir, dass sie ein Echo finden werden.

Willy Guggenheim

SÜDOSTASIEN: WANKEN DIE DOMINOSTEINE? (I)

Die vom US-Präsidenten Eisenhower geprägte Domino-Theorie, nach der jeder kommunistische Sieg in einem asiatischen Land zu folgenschweren Konsequenzen in der ganzen Region führen müsse, stimmt in dieser Vereinfachung naturgemäss nur bedingt. Andererseits soll Mao Tse-tung 1953 in einem Memorandum an Moskau in ähnlicher Weise erklärt haben: «Um Asien kommunistisch werden zu lassen, müssen wir grösstmögliche Unterstützung unseren Genossen und Freunden auf der indochinesischen Halbinsel geben. Nach der indochinesischen Halbinsel werden die Revolutionen in Thailand, Burma und Indonesien erfolgreich durchgeführt werden. Auf diese Weise wird dann auch die malaysische Halbinsel umzingelt sein.» Inzwischen sind Vietnam sowie Kambodscha und kürzlich auch Laos kommunistisch geworden. Mehr denn je stellt sich daher die Frage nach der Situation und der inneren Stabilität der anderen südostasiatischen Länder, die seit Jahren ebenfalls mit Partisanen und Guerillas zu kämpfen haben.

Burma

Burma ist seit seiner Unabhängigkeitserklärung 1948 eigentlich nie zur Ruhe gekommen. Ein wichtiger Grund dürfte sein, dass knapp ein Drittel der Bevölkerung aus nicht-burmesischen Minderheiten besteht, die in schwer zugänglichen Grenzgebieten sich gegen die Bevormundung Ranguns wehren. Von hier stammen auch die meisten Anhänger der pro-Peking-eingestellten Kommunistischen Partei Burmas («Weisse Flagge») – im Gegensatz zur moskauorientierten KP «Rote Flagge». Im Sommer 1964 kam es zu einem Treffen zwischen Staatspräsident Ne Win und den beiden kommunistischen Parteien, wobei die 30 Vertreter der «Weissen Flagge» direkt von Peking anreisten. Die Konferenz scheiterte, und die Regierungstruppen verhafteten rund 400 der anwesenden Kommunisten – der Rest konnte in den Dschungel entkommen. Drei Jahre später begannen die Totgeglaubten mit Sabotageakten und kleinen Überfällen. Zugute kamen

Rangun dabei allerdings die parteiinternen Machtkämpfe in der prochinesischen KP: Parteichef Thakin Than Tun liess 1968 sieben hohe Funktionäre hinrichten, um allerdings noch im selben Jahre ebenfalls von seinen Genossen ermordet zu werden.

Die eigentlichen Kämpfe zwischen den Partisanen und den Streitkräften begannen daher auch erst 1970; immerhin setzten die Rebellen schon damals 32- und 57-mm-Mörser ein! Zugleich nahm die Untergrund-Radiostation «Stimme der Patriotischen Jugend» ihre Propagandasendungen auf, in denen sie die Gründung eigener Nationalitätenstaaten der Nagas-, Karen- und Kukis-Minderheiten forderte. Kurz danach trat der Geheimsender «Stimme des Volkes von Burma» hinzu, der ständig zum Sturz Ne Wins aufruft und der seinen Standort ebenfalls an der rotchinesischen Grenze hat. Hier konnten die Guerillas Ende 1971 ganze Gebiete besetzen, die erst wieder nach heftigen Kämpfen von den Regierungstruppen genommen wurden. Nach Mitteilung von Radio Peking sollen 1972 insgesamt 157 Kämpfe stattgefunden haben, bei denen die Partisanen 111 Soldaten erschossen und 248 verwundeten sowie 704 Waffen erbeuteten – erweisen sich derartige Angaben auch oft als widerspruchsvoll, deuten sie doch auf verstärkte Gefechte. Im April 1973 erklärte Rangun, in mehreren Säuberungsaktionen von den schätzungsweise 4600 Rebellen über 3000 getötet zu haben – nicht wenige aber retteten sich auf rotchinesisches Gebiet. Bei ihrem Vorgehen setzten die Streitkräfte auch Panzer und Flugzeuge ein, konnten jedoch nicht das Shan-Gebiet erobern. Sechs Monate später gelang es den Guerillas sogar, ihre kontrollierten Gebiete weiter auszudehnen. Im Sommer 1974 gaben die Rebellen über den Untergrundsender bekannt, sie hätten von Anfang 1968 bis Ende 1973 insgesamt 1783 Angriffe gegen die Regierungstruppen durchgeführt und dabei 11400 Soldaten getötet oder verwundet und weitere 1136 gefangengenommen. Auch vergangenen Herbst fanden immer wieder kleine Gefechte statt, wiederholt kapitulierten aber auch Untergrund-Gruppen.

Anfangs dieses Jahres sprach Rangun von nunmehr 5000 bis rund 11000 Guerillas. Mitte März stürmten Regierungstruppen das Pegu-Gebirge (etwa 160 Kilometer nördlich von der Hauptstadt), wo sich das Hauptquartier der illegalen KP befand und von wo während der letzten Jahre die meisten militärischen Operationen geleitet wurden. In den erbitterten Kämpfen wurden von den Soldaten – bei eigenen schweren Verlusten – 172 Rebellen erschossen und 150 gefangengenommen, weitere 500 ergaben sich freiwillig; unter den Getöteten befanden sich Thakin Zin, der Vorsitzende der KP, und Thakin Chit, der Generalsekretär der Partei, während das ZK-Mitglied U Tun Sein überwältigt wurde. Nach Angaben des Militärsprechers in Rangun war die kommunistische Rebellion damit zusammengebrochen. Vier Tage später indessen rief die «Stimme des Volkes von Burma» die restlichen Untergrundkämpfer zum weiteren Partisanenkrieg auf: «Ernste Verluste innerhalb der Partei sind während des schwierigen Klassenkampfes unvermeidlich. Aber die Partei führt den Kampf kontinuierlich weiter, indem sie einen gefallenen Führer durch andere ersetzt. Kein Feind kann die Partei zerschlagen!» Kurz danach versprach derselbe Sender: «Die örtliche Situation ist

ausgezeichnet. Indessen haben wir einige Schwierigkeiten vor uns, aber die Zukunft ist glänzend.» Aufschlussreich ist, dass Moskau die Zerschlagung der Mao-Anhänger ausdrücklich positiv hervorhob. War diese Reaktion wiederum ein Grund mehr für Peking, etwa zwei Wochen danach dem Untergrund in einer Botschaft ungeachtet aller Widerstände und Opfer den Sieg vorauszusagen? Der neue KP-Vorsitzende Thakin Ba Thein Tin, der die rotchinesische Staatsbürgerschaft besitzen und in den zurückliegenden Jahren überwiegend in Peking gewesen sein soll, hat inzwischen den Guerilla-Krieg fortgesetzt. Die letzten Kämpfe lassen allerdings erkennen, dass die Offensivkraft der Rebellen ziemlich geschwächt ist. Ende Juni führten Regierungstruppen zudem mit Flugzeug-Unterstützung eine neue Säuberungsaktion im Nordosten durch, bei der die Rebellen rund 120 Anhänger verloren. Dennoch wächst im offiziellen Rangun die Sorge, dass die VR China ihre Unterstützung der KP «Weisse Flagge» verstärken könnte: bereits Ende 1972 war in Nord-Burma ein grosses Lager mit Waffen Pekings sichergestellt worden. Ebenso weiss man, dass sich in der rotchinesischen Provinz Yünnan entlang der Burma-Grenze etliche Depots befinden und die Rebellen im dortigen Mangshih ihre militärische und in Tamenlung ihre ideologische Schulung erhalten.

Thailand

Ende 1964 bildeten sich in Peking die «Thailändische Unabhängigkeitsbewegung» und kurz danach die «Patriotische Front». Bereits 1962 hatte der in der südchinesischen Provinzstadt Kunming stationierte Radiosender «Stimme des Thai-Volkes» mit seinen Aufrufen begonnen, «sich auf den bewaffneten Kampf gegen die (Thai-) Regierungsclique vorzubereiten». Hier im rotchinesischen Yünnan existieren auch mehrere Ausbildungslager sowie eine grössere Verbindungsstelle für das Einschleusen von Guerillas und Waffen. Das Hauptquartier der illegalen KP Thailands unter Generalsekretär Udon Srisuwan dürfte sich in den Phu-Phan-Bergen der thailändischen Provinz Nakhon-Phanom befinden.

Seit rund zehn Jahren werden besonders in Nord-Thailand Polizisten, Bürgermeister und Lehrer getötet und die Bevölkerung terrorisiert und chinesisch-kommunistisch indoktriniert. Der Buddhismus sowie das Königshaus haben allerdings in der Bevölkerung noch starke Wurzeln, so dass ideologisch kaum Ansätze bestehen. Andererseits wurden die Nordgebiete mit ihrer peripheren Lage, schlechtem Boden und chronischer Trockenheit lange vernachlässigt; wohl verwendete Bangkok in den letzten sechs Jahren über 500 Millionen Dollar für eine Verbesserung der Infrastruktur – oft scheint es aber ein vergeblicher Wettlauf gegen die Zeit zu sein: Gab es hier vor fünf Jahren etwa 2000 Partisanen, wird ihre Zahl heute allgemein mit 3500 angegeben. Im Nordosten des Landes fühlen sich die Bewohner stammesmässig mehr mit Laos verbunden; einen gewissen Unruheherd stellen auch die rund 40000 Vietnamesen dar, die am Mekong-Fluss leben. Hier wird die Stärke der Guerillas auf etwa 3000 geschätzt. Das dritte Partisanen-Gebiet ist der Süden an der Grenze zu Malaysia, wo vor rund zehn Jahren lediglich etwa 500 versprengte Terroristen zu überleben versuchten und heutzutage wahrscheinlich 2000 operieren.

Im April 1971 unternahmen die Rebellen im Norden des Landes mit Unterstützung von Raketen und automatischen Waffen eine erste grössere Offensive gegen die Stützpunkte der Regierungstruppen. Anfang 1972 begann Bangkok daraufhin seine bisher grösste Anti-Partisanen-Offensive: Unter Einsatz von schwerer Artillerie und Jagdbombern eroberten 8000 Soldaten in den Pupan-Bergen zwar mehr als 200 Guerilla-Nester und nahmen auch mehr als 1000 Bewaffnete gefangen – der Kern des Untergrundes indessen entkam. Dennoch erklärte die Regierung, sie werde innerhalb von drei bis vier Jahren das Problem gelöst haben; Beobachter wiesen schon damals darauf hin, dass soziale Ungerechtigkeiten, Korruption der Behörden und brutale Polizeimethoden nur den Partisanen in die Hände spielten. Im Sommer 1972 konnte der Sicherheitsdienst Thailands über 30 KP-Funktionäre in Bangkok festnehmen, darunter mehrere Mitglieder des Zentralkomitees. Über die südthailändische Provinz Phatthaling musste indessen erneut nächtliche Ausgangssperre verhängt werden. Ende des Jahres begannen die Rebellen erstmals, bei ihren Angriffen auch rotchinesische AK-47-Schnellfeuergewehre, panzerbrechende B-40-Raketen und auch 80-mm-Granatwerfer einzusetzen!

Im Frühjahr 1973 waren bereits 36 der insgesamt 72 Thai-Provinzen kommunistisch infiltriert. Es vergeht seitdem eigentlich kaum ein Tag, an dem die Zeitungen nicht über neue Überfälle der Terroristen oder von blutigen Scharmützeln zwischen ihnen und der Armee berichten. Zugleich verdichten sich die Nachrichten über das Einsickern von rotchinesischen und laotischen Ausbildern nach Nord-Thailand. Anfang 1974 gab der Verteidigungsminister in Bangkok bekannt, in den letzten neun Jahren seien – bei rund 1500 eigenen Verlusten – 1355 Partisanen getötet und 5900 gefangengenommen worden; weitere 5355 seien zu den Regierungstruppen übergelaufen. Im gleichen Frühjahr wurde der thailändischen Abordnung in Peking von Tschou En-lai versichert, die Volksrepublik würde die Unterstützung der kommunistischen Rebellen einstellen. Wie es ein führender Militär formulierte, hoffte Bangkok damals, Rotchina werde «seine Leute zurückhalten».

Anfangs dieses Jahres musste man allerdings einräumen, dass die Überfälle der Guerillas nunmehr allgemein 30 bis 40 Minuten dauerten – das Drei- bis Vierfache als drei Jahre zuvor. Griffen die Terroristen früher in Gruppen von zehn Bewaffneten an, zählen sie heute 80 bis 100. Seit etwa Mai dieses Jahres ist immer wieder zu beobachten, dass Trupps von mehr als 100 Guerillas die Polizeiposten stürmen und – als sichtbares Zeichen der Schwäche Bangkoks – die Gebäude niederbrennen. Nach dem Fall von Vietnam und Kambodscha musste der Vize-Ministerpräsident zugeben, dass die Infiltration vor allem in zwei nordöstlichen Distrikten erheblich zugenommen habe. Verstärkt rief auch die «Stimme des Thai-Volkes» zum «Volkskrieg» auf: «Das Volk kann niemals nationale Probleme durch friedliche, parlamentarische Methoden lösen. Bewaffneter Kampf ist die einzige korrekte Lösung der Probleme, denen sich Volk und Nation gegenüberstehen. Es ist dies das Zeitalter des Volkskrieges!» Mitte Juni kam es an der malaysischen Grenze zu erneuten Überfällen der Terroristen, nach Zeitungsanga-

ben waren es die schwersten seit Jahren. Anfang August überrannten einige hundert Partisanen einen Polizei-Posten in Ban Dan; in der Thammarat-Provinz griffen 300 Bewaffnete einen Polizei-Stützpunkt an und machten die 29 Uniformierten in einem verbissenen Drei-Stunden-Gefecht nieder. «Die Situation entwickelt sich zugunsten der Revolution wie nie zuvor. Der Volkskrieg wird bestimmt siegreich sein!», versprach einige Tage später der Untergrundsender. Ende August verkündete er erneut: «Wahre Unabhängigkeit und Demokratie kann nicht durch Reformen, sondern nur durch Revolution erreicht werden.» Eine amerikanische Studie der letzten Wochen glaubt, Bangkok habe etwa 18 Monate Zeit, sich auf grössere kommunistische Aufstände vorzubereiten. Manche Asien-Kenner meinen, dass Thailand – «das Land der Freien» – lediglich noch vier Jahre frei sein werde, andere wollen Bangkok zehn Jahre einräumen.

F. W. Schlomann

Die Entwicklung in Malaysia, Indonesien und den Philippinen sowie die gemeinsame Problematik wird unser Mitarbeiter im nächsten Heft darstellen.

WIEDERENTDECKUNGEN

Ausstellungen zur Schweizer Kunst des 20. Jahrhunderts

«Die Ehrlichkeit will, dass wir bekennen: diese Schildereien widern uns an», schrieb ein noch eher gemässigter Kritiker der Winterthurer Kirchner-Ausstellung im Sommer 1924. Mit Gehässigkeit und Schadenfreude reagierte das Publikum auf das Schaffen des «Brükke»-Künstlers und der von ihm beeinflussten Schweizer. Die Abkehr vom bewährten Realen und vom bewährten Schönen fand hierzulande keine Gegenliebe. Man verdrängte das Ärgernis. Expressionismus in der Schweiz? – Selbst Kenner neigen zur Antwort: Gibt es nicht. Eine massgebliche geschichtliche Darstellung fehlt; die Handbücher versagen (als aktuellstes Beispiel die paar nichtssagenden Zeilen von Theo Kneubühler in der Enzyklopädie «Schweiz» des Migros-Genossenschaftsbundes). Sie sind ganz einfach vergessen, jene Künstler, die zum vereinfachten und unproportionierten Menschenbild der Primitiven zurückkehrten, die die Form verzerrten, die Farbe willkürlich setzten zur Steigerung des Ausdrucks seelischer Erregtheit. Der expressionistische Schrei, der mit ebensoviel Inbrunst den «neuen Menschen» herbeirief wie er sich aggressiv gegen den alten richtete, dieser Schrei, in der Schweiz zweifellos schwächer als in Deutschland, wurde überhört und verhallte. Der ekstatische Blick in die Abgründe der Seele, das revolutionäre Pathos, der melancholische Genuss von Tod und Verwesung – dies alles passt anscheinend nicht so recht ins schweizerische Selbstverständnis. Wer lässt sich schon gerne sagen, der feste Boden, auf dem er mit beiden Füssen steht, sei unterhöhlt und wanke? Die Scheinsicherheit, in Deutschland spätestens durch den Ersten Weltkrieg erschüttert, wollte man sich hier nicht nehmen lassen. Der Gruppenname «Rot-Blau» ruft keine Bilder in Erinnerung; das Frühwerk der Brüder Gubler, insbesondere Eduards, ist unbekannt; Namen wie Epper und Schürch sind vergessen; mit Fritz Pauli asso-

ziiert man bezeichnenderweise seine vergleichsweise harmlosen späteren Kinder- und Familienbilder. Manche sind zu früh gestorben, bei andern hat gerade das Spätwerk, das die jugendliche Kompromisslosigkeit einebnet, die Rezeption der frühen Arbeiten verhindert (eine in der Schweizer Kunst auffallend häufige Erscheinung).

Hier ist einiges nachzuholen. Das Winterthurer Kunstmuseum leistet mit einer Ausstellung und dem umfangreichen monographischen Katalog dazu die nötige Vorarbeit. Mit der Darstellung des «*Expressionismus in der Schweiz 1905–1930*» knüpft der Konservator Rudolf Koella an die Ausstellung «Kubismus, Futurismus, Orphismus in der Schweizer Malerei» an, mit der sein Vorgänger Heinz Keller 1970 eine neuwertende und entdeckungsreiche Sichtung des schweizerischen Kunstschaffens eingeleitet hat. Daß der Katalog diesmal zu einer über 200 Seiten starken reichhaltigen Dokumentation mit einem kunsthistorischen Überblick von Erika Erni ausgebaut werden konnte, ist einer Jubiläumsspende der Winterthur-Versicherungen zu danken.

Katalysator für einen grossen Teil dessen, was als Expressionismus in der Schweiz bezeichnet werden kann, war Ernst Ludwig Kirchner, der 1905 die Künstlergemeinschaft «Die Brücke» mitbegründet hatte und seit 1917 in Davos lebte. Das Ausstrahlen seiner Werke vom Hauptsaal der Winterthurer Ausstellung aus macht den Einfluss auf die damalige junge Generation der Schweizer Künstler sichtbar. Seine Bilder, die zu Beginn der zwanziger Jahre in Basel gezeigt wurden, müssen auf Albert Müller, Hermann Scherer und andere wie eine Befreiung vom Zwang des Hergebrachten gewirkt haben. Monatelange Aufenthalte bei Kirchner in Davos kräftigten den Mut zum Neuen. Ablehnung und Hohn des Publikums trieben zur Gruppenbildung: in der Silvesternacht 1924/25 gründeten Müller und Scherer die Gruppe «Rot-Blau», der sich weitere junge Basler anschlossen. «Der Akzent lag auf dem Rot, das Blau war die romantische Beilage. Der Tenor der Veranstaltung lautete etwa: Die werden etwas erleben.» Landschaften von intensiv-visionärer Farbigkeit, auf einfachen Umriss reduzierte Menschenfiguren mit grossen Gesichtern sind gemeinsame Merkmale. Im Bild «Zwei Frauen in Kirchners Laube» von Paul Camenisch sind die Gestalten der Frauen nur in der Grösse verschieden von den totemartig beschnitzten Holzsäulen, die auch auf Kirchners Gemälde «Vor Sonnenaufgang» zu sehen sind. Nach dem Vorbild des Meisters schnitzten diese Künstler annähernd lebensgrosse Holzfiguren, die mit ihrer groben Bearbeitung, der ausdrucksstarken Deformation und der Bemalung von der Auseinandersetzung mit afrikanischer Negerplastik zeugen. Dem neuen Formwillen kam die Technik des Holzschnittes entgegen, und die grossartigen Schwarz-Weiss-Blätter, die da geschaffen worden sind, vermögen gelegentlich mehr zu überzeugen als die Bilder.

Auch Fritz Pauli ist Kirchner in Davos begegnet; er war aber zu fest geprägt, zu eigenwillig, um sich wesentlich beeinflussen zu lassen. Seine Bilder aus jener Zeit und aus der Gegend um Davos verzichten in ihrer Nächtigkeit auf eine Steigerung des sinnlichen Reizes durch die Farbe, bedeutsam werden dagegen die zu geheimnisvollen Hieroglyphen zusammengeschmolzenen Schneereste. Paulis

eigenstes Gebiet ist die Graphik, und hier nicht der Holzschnitt, sondern die Radierung, die seine phantastischen Alpträume, seine religiösen Visionen, die Sprache der Hände und aufgerissenen Augen geschmeidiger auszudrükken vermag.

Ebenso beeindruckend ist das Werk Ignaz Eppers, der in seinen Gemälden und ganz unkirchnerschen Holzschnitten kubistische Innenräume und Stadtlandschaften mit der Expression von Tod, Angst, Gewalt und Krankheit ins Wanken bringt. Scheinbar Technisch-Sachliches – Gaskessel, Eisenbahntunnel – lässt mit Unheimlichem erfüllte Hohlräume ahnen.

Pauli und Epper haben sich in den dreissiger Jahren in das Tessin zurückgezogen, Johann Robert Schürch lebte schon seit 1922 in der Isolation eines abgelegenen Hauses ob Locarno. Erst in den letzten Jahren sind seine an Rouault und Grosz erinnernden düsteren Federzeichnungen und Aquarelle wieder etwa gezeigt worden: knapp skizzierte Szenen aus einer apokalyptischen, der Sünde und dem Tod verfallenen Welt. In gespenstisch grellem Licht erscheint dieselbe Thematik verdichtet in dem Bild «Luna» von Wilhelm Schmid.

Direkteren Bezug auf die sozialen und politischen Zustände in der Schweiz, auf den Generalstreik von 1918, nehmen Otto Baumberger und Eduard Gubler. Während bei Baumberger aber noch ein Anflug von revolutionärem Impetus spürbar ist, drückt sich in der Zeichnungsserie «Revolte» von Eduard Gubler und in seinen Gemälden vor 1920 jenes melancholische Mitleiden, jene schmerzvolle Resignation aus, die für die Schweizer Kunst möglicherweise charakteristischer sind als grelle Farbe und lauter Schrei. Prototypisch für diese Haltung scheint mir das Bild «Sebastian im Schnee». Das Selbstbildnis neben dem Heiligen (den Epper seinerseits von den Häusern einer Stadt umgeben gemalt hat) unterstreicht die Identifikation des Künstlers mit dem Menschen, der nackt und verwundbar der Kälte und den Pfeilen der Welt ausgesetzt ist. Die Deformation des menschlichen Körpers und die kühle, sich der Grisaille nähernde Farbgebung weisen zurück auf die Gotik und auf El Greco. Das ist denkbar verschieden von Kirchner und den «Rot-Blau»-Leuten und doch auch Expressionismus: Verzicht auf abbildhafte Wirklichkeitswiedergabe, um gerade in der Diskrepanz zwischen Realität und Bild das Unsagbare sichtbar zu machen.

Über fünfzig Künstler bringt Koella zusammen, deren Kunst dieser Begriffsbestimmung mehr oder weniger entspricht. Zu fragen wäre, ob nicht zum Beispiel auch Auberjonois und Soutter hierhergehörten. Gab es in der welschen Schweiz wirklich keine expressionistischen Künstler? Anderseits bezieht die Ausstellung mit Recht auch jene einflussreichen ausländischen Maler und Bildhauer mit ein, die längere oder kürzere Zeit hier gelebt haben: neben Kirchner auch Munch, Kokoschka, Lehmbruck, Marianne von Werefkin und andere.

Der «Vorsaal» in Winterthur weist noch auf andere Wurzeln von Symbolismus und Expressionismus hin. Hodler, Amiet, Giovanni Giacometti und Hans Berger werden da gezeigt als Vertreter schweizerisch-französischer Tradition. Diesen Malern sind wir im vergangenen Sommer schon im Museum der Stadt Solothurn begegnet. Sie bil-

deten dort, zusammen mit bedeutsamen Kollektionen von Vallotton und Albert Trachsel, sozusagen das Zentrum einer breitangelegten Schau von Schweizer Kunst, mit der der Kunstverein Solothurn sein 125jähriges Bestehen feierte. Die 230 fast ausnahmslos hervorragenden Bilder und Plastiken stammten alle aus dem Besitz des Solothurner Kunstsammlers Josef Müller. Hier war also, im Unterschied zu Winterthur, die zeitliche Begrenzung nicht die einer einigermassen definierbaren kunstgeschichtlichen Epoche, sondern die eines reichen, noch nicht abgeschlossenen Sammlerlebens: von Hodlers Triptychon «Die Liebe» bis zu den Werken von Kämpf, Strebel, Sigg und Eggenschwiler war da nicht eine «Richtung», aber auch nicht die gesamte Schweizer Kunst unseres Jahrhunderts zu überblicken, sondern das, was den subjektiven Gefallen Josef Müllers gefunden hat. Trotzdem und deswegen ergänzen sich die beiden Ausstellungen in Winterthur und Solothurn gegenseitig. Ausgehend von derselben Basis – Hodler, Amiet, Berger – zeigte sich in Solothurn eine andere, man möchte sagen: die offizielle Entwicklung der schweizerischen Kunst. Vor allem Cuno Amiets Oschwand erweist sich da als Zentrum und Drehscheibe von einer Bedeutung, die dem Haus Kirchners in Davos ebenbürtig ist. Amiet hat in Pont-Aven die Werke von van Gogh und Gaugin kennengelernt, ist mit Hodler in Wien an Sezessionisten-Ausstellungen vertreten und wird 1906 von den Künstlern der «Brücke» als «einer der unsern» eingeladen, der Gruppe beizutreten. Von ihm gehen die verschiedensten Anregungen aus. Die späteren Mitglieder der Gruppe «Rot-Blau» Albert Müller und Werner Neuhaus – beide in der Sammlung Josef Müllers nicht vertreten – sind ebenso seine Schüler gewesen wie Josef Müller selbst und Ernst Morgenthaler (dessen grosse Kollektion ich für den schwächsten Punkt der Ausstellung in Solothurn halte; ist er etwa lange überschätzt worden?).

Hans Bergers Name dagegen ist in der Schweizer Kunstgeschichte noch weniger fest verankert – um so erfreulicher die Möglichkeit der Wiederentdeckung in beiden Ausstellungen. Berger hat sich von Genf aus, unterstützt von Hodler, der Josef Müller auf den jungen Maler aufmerksam gemacht hat, auf eigene Faust mit der französischen Malerei vertraut gemacht. Seine kraftvoll grosszügigen, pastos gemalten Landschaften wirken schwerblütiger als die Bilder der Fauves – und doch ist man, wie übrigens auch bei Amiet, oft mehr an deren Farben-Sinnlichkeit erinnert als an expressionistisches Pathos.

Neben der eher nordischen, zuweilen geradezu gequälten Expressivität, wie sie in Winterthur gezeigt wird, und neben der romanischen Heiterkeit, die in Solothurn durch die Reihe der Bilder von Maurice Barraud am reinsten zum Ausdruck kam, war in der Sammlung Josef Müller noch eine weitere, nun wieder weniger geläufige Linie zu verfolgen: die des Symbolismus. Hodler, Vallotton, auch Meyer-Amden waren einigermassen vertraut, aber da schoben sich die befremdend «neuen» Bilder von Albert Trachsel (1863–1929) dazwischen: von seltsam kühlem Licht durchflimmerte Landschaften und Stilleben, traumhafte Farbvisionen – auch sie, wie es dem Eigenen, Eigenbrötlerischen offenbar bestimmt ist, das obligate halbe Jahrhundert vergessen und nun zeitig zur Wiederentdeckung.

Uli Däster